



## **IPCC dringt auf Sofortmaßnahmen zur Minderung der CO2-Emissionen. BUND-Vorsitzender Weiger: "Der Weg in eine CO2-arme Wirtschaft ist ohne Alternative"**

IPCC dringt auf Sofortmaßnahmen zur Minderung der CO2-Emissionen. BUND-Vorsitzender Weiger: "Der Weg in eine CO2-arme Wirtschaft ist ohne Alternative"  
Wenn der Weltklimarat an diesem Wochenende seine Empfehlungen zur Bekämpfung des Klimawandels abgeben wird, erwartet der Vorsitzende des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Hubert Weiger, klare Signale an die Politik. "Die Regierungen der Industriestaaten sind am stärksten in der Pflicht, die viel zu hohen Pro-Kopf-Emissionen an Treibhausgasen in ihren Ländern zu verringern", sagte Weiger. "Wenn die reichen Staaten beim Klimaschutz versagen, wird sich die Erdatmosphäre um mehr als zwei Grad erwärmen. Der Weg in eine CO2-arme Wirtschaft ist ohne Alternative. Sonst werden Überschwemmungen, Dürren, Hurrikans und andere Wetterextreme mit all ihren katastrophalen Folgen weiter zunehmen", sagte der BUND-Vorsitzende.  
Deutschland sei beim Klimaschutz auf eine besondere Weise gefordert. Die Energiewende, eingeleitet um von der riskanten Atomkraft und der klimaschädlichen Kohleverstromung wegzukommen, befinde sich immer noch am Anfang. "Ein gebremster Ausbau der erneuerbaren Energien wird den Erfordernissen des Klimaschutzes nicht gerecht. Der Bundestag muss den Entwurf von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes umfassend nachbessern. Der geplante Deckel für Wind- und Sonnenenergie muss weg", sagte Weiger. Da 2013 die CO2-Emissionen im Vergleich zum Jahr davor um mehr als ein Prozent gestiegen seien, müsse die Bundesregierung außerdem Maßnahmen treffen, um die ältesten und klimaschädlichsten Kohlekraftwerke umgehend stillzulegen. "Ein sinnvolles Instrument zur Stilllegung der klimaschädlichsten Kohlemeiler ist die Einführung von CO2-Grenzwerten bei der Stromerzeugung", sagte Weiger. Auf europäischer Ebene müsse die Bundesregierung ebenfalls mehr für den Klimaschutz tun, forderte der BUND-Vorsitzende. Vor allem müsse sie sich stärker für eine Reform des Emissionshandels einsetzen. "Viel zu billige CO2-Zertifikate sind kein Anreiz zum Energiesparen. Ihr Preis wird erst steigen, wenn zwei Milliarden überschüssige Zertifikate dauerhaft vom Markt genommen werden. Und bei der Umsetzung der EU-Effizienzrichtlinie muss die Bundesregierung für eine ausreichende Finanzierung von Energiesparprogrammen sorgen", sagte Weiger.  
Vernachlässigte Potentiale für mehr Klimaschutz in Deutschland sieht der BUND-Vorsitzende auch im Verkehrsbereich. In den vergangenen 20 Jahren seien die CO2-Emissionen im Verkehrssektor auf inzwischen über 150 Millionen Tonnen pro Jahr angestiegen. Gründe dafür seien die Verdoppelung der Emissionen des Flugverkehrs und das ungebremste Wachstum im Straßengüterverkehr. "Die Bundesregierung muss endlich auch eine Mobilitätswende einleiten. So würde die Ausweitung der LKW-Maut auf sämtliche Straßen die regionalen Wirtschaftskreisläufe stärken", sagte der BUND-Vorsitzende.  
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)  
Am Köllnischen Park 1  
10179 Berlin  
Deutschland  
Telefon: 030 / 27 58 64 - 0  
Telefax: 030 / 27 58 64 - 40  
Mail: bund@bund.net  
URL: <http://www.bund.net>  
 [http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n\\_pnr\\_562410](http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pnr_562410) width="1" height="1">

### **Pressekontakt**

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

bund.net  
bund@bund.net

### **Firmenkontakt**

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

bund.net  
bund@bund.net

P>1975 gründeten Horst Stern, Bernhard Grzimek und 19 weitere Umweltschützer den Bund für Natur- und Umweltschutz Deutschland. 1984 kam die BUNDjugend hinzu und 1989 schloss sich der BUND dem internationalen Netzwerk Friends of the Earth an. Dieses Jahr wird der BUND 30 Jahre alt und ist mit fast 400.000 Mitgliedern und Spendern der größte föderale Umweltverband Deutschlands. Mit unzähligen Aktionen und Kampagnen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene konnten wir Moore retten, gegen die Atomkraft mobil machen und uns für umwelt- und gesundheitsverträgliche Produkte einsetzen.